

uns die Leute, die die Embargoliste erfunden haben, natürlich keinen guten Dienst erwiesen.

Ich möchte abschließend noch eine Bemerkung zu dem, was Herr Döring hier gesagt hat, machen. Unser Handel mit den sozialistischen Ländern ist am 2. Juli 1990 kaputt gegangen, und jeder der Lesen und Schreiben gelernt hat, hat das gewußt. Wenn sich heute jemand hinstellt oder hingestellt hat und gesagt hat, es war nicht vorherzusehen, daß dies geschehen ist, dann muß ich sagen, dieser Mensch lügt. Man kann nicht von Ländern erwarten, die überhaupt nicht in der Lage waren Devisen zu erwirtschaften, daß die ab morgen früh in harter Währung bezahlen können, also insofern ist das unmöglich.

Abschließende Bemerkung: Wir hatten in der DDR einen demokratischen Zentralismus. Ich muß jedoch konstatieren: Wir hatten ihn nicht, wir hatten einen dogmatischen Zentralismus. Dieser Dogmatismus in der Wirtschaft ist vom Politbüro ausgegangen und hat eigentlich dazu geführt, daß das Politbüro selbst dazu beigetragen hat, daß die Wirtschaft der DDR sich auflösen mußte, denn auf diese Art und Weise war die Wirtschaft nicht weiterzuführen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Schmutzler. Ich glaube, es war für uns alle wichtig, die Zusammenhänge vor allem in der Außenwirtschaft von denen zu hören, die das miterlebt haben und von jenen, die es aus der Entfernung betrachtet haben. An ganz zentraler Stelle war Herr Dr. Schürer mit der Planung befaßt. Wir sind ihm dankbar, daß er sich Zeit und Gelegenheit nimmt, uns aus seiner Sicht zu informieren. Bitte Herr Dr. Schürer.

Dr. Gerhard Schürer: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Zunächst einige Vorbemerkungen: Ich bin schon das zweite Mal in der Enquete-Kommission, aber beim ersten Mal wurde ich ausschließlich zu Fragen der Machthierarchie der SED befragt, so daß ich jetzt dankbar bin, etwas einmal im Zusammenhang mit der Wirtschaft darlegen zu können.

Zweitens möchte ich betonen, daß ich ein Thesenpapier vorgelegt habe. Ich verzichte jetzt auf eine Reihe Namen, Fakten, Positionen usw., um etwas Zeit zu sparen.

Und drittens möchte ich betonen, daß ich hier nicht als Betrachter oder Experte zu Ihnen spreche, sondern als Hochverantwortlicher dieser Zeit, der immer zu seiner Vergangenheit gestanden hat und es auch in Zukunft tun wird. Ich kann nicht bei jeder Gelegenheit sagen, da war ich mit verantwortlich, ich sage das insgesamt für meine Darlegungen.

Das System der zentralen Planung und Wirtschaftslenkung der DDR ist in Anlehnung an das sowjetische Modell noch in der sowjetischen Besatzungszeit entstanden. Offiziere der Besatzungsmacht und später leitende Mitarbeiter der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland haben gemeinsam mit deutschen Antifaschisten sowie Menschen, die aus dem Exil zurückgekehrt waren, das System ausgearbeitet. Das System wurde an einem Halbjahrplan

erprobt. Es orientierte sich am Reproduktionsschema von Karl Marx und war sehr stark von den Interessen des militärisch-industriellen Komplexes der UdSSR geprägt. Wir haben damals Befehle entgegen nehmen müssen. Ich selbst arbeitete damals seit 1947 unter Leiter von Kurt Gregor in der Landesregierung Sachsen in der Wirtschaftsplanung, und wir unterstanden zugleich der Sowjetischen Militäradministration in Dresden. Durch Erteilung von „Produktionsbefehlen“ und später „staatlichen Planaufträgen“ wurden die wichtigsten Aufgaben dieser Zeit abgesichert, wobei die materiellen Ziele sehr detailliert vorgegeben wurden, während die finanzielle Planung noch unterentwickelt war. Durch die von sowjetischer Seite angeordnete Anwendung der Stopp-Preise des Jahres 1944 sollte zunächst gewährleistet werden, daß für 1 Mark möglichst viele Produkte in den Reparationsfonds flossen. Sie waren also damals an niedrigen Preisen für ihre Entnahmen interessiert. Der Kurs des Rubels zur Mark war damals etwa 1 Rubel/20 Mark.

Die volkswirtschaftlichen Bilanzen und Schemata der Planung und ihrer Verflechtung waren der sowjetischen Methodik sehr ähnlich, aber im Unterschied zur Sowjetunion, die im Bereich des Staatlichen Plankomitees (Gosplan) ständig ca. 3.000 Positionen bilanzierte und in der Staatlichen Materialversorgung (Gosnab) weitere 20.000 bis 30.000 Positionen, arbeiteten die Länder und später auch die DDR in der zentralen Planung alle Jahre mit ca. 500 bis 700 Positionen in der Staatlichen Plankommission und ca. 1.000 Positionen in der Materialversorgung. Später bilanzierten diese Materialpositionen, die für die Produktion zuständigen Ministerien der DDR, damit der Inhalt der Bilanz vom Produzenten und nicht vom Verteiler gestaltet wird. Auch das war noch ein sehr hoher Grad der Zentralisierung, aber die Planung war in dieser Zeit durchaus geeignet, die Ziele der Nachkriegsperiode zu gewährleisten, die darin bestanden, massenhaft Menschen zur Überwindung der Kriegsfolgen zu mobilisieren, die gegenüber der Bundesrepublik um das 25-fach höheren Reparationen der DDR an die UdSSR sowie die Demontagen zu gewährleisten, den Menschen, auf der Basis strenger Rationierung das Überleben auf einer relativ niedrigen Stufe der Versorgung zu ermöglichen, und die ökonomische Kraft in wachsendem Maße auf den Aufbau einer eigenen Schwerindustrie – damals entstand das Eisenhüttenkombinat Ost – zu konzentrieren. Die Ereignisse des 17. Juni 1953 zeigten dann auf dramatische Weise die Grenzen der Belastbarkeit der Menschen in diesem System und die Notwendigkeit politischer Veränderungen, die dann, wenn auch halbherzig, in Angriff genommen wurden. Wenn man das Jahr 1950 als Index gleich 100 nimmt, stieg die Produktion bis 1955 auf 190 und bis 1960 auf 294, wurde also in 10 Jahren fast verdreifacht.

Herr Professor Schneider legte heute ein Papier vor, indem er alle von mir verwendeten Zahlen, fiktive Zahlen, nennt. Ich kann heute keine anderen Zahlen nennen, aber ich werde das Papier aufmerksam studieren. Ich beziehe mich in all meinen Zahlen auf das Jahrbuch 1990, weil alle vorhergehenden Jahrbücher durch die Statistik selbst kurz vor der Vereinigung insofern korrigiert worden sind, daß die politischen Einflüsse, die dort vorher hineingekommen waren, herausgerechnet worden.

Eine Zwischenbemerkung noch zu dem, was Herr Wilke anmerkte. Ich würde dennoch, obwohl die DDR von der Sowjetunion bei den Reparationen und vor allen Dingen auch bei den Demontagen stark belastet wurde, das nicht als eine „eingreifende Kolonialmacht“ bezeichnen, denn die UdSSR hatte einen Krieg verloren. Die Faschisten hatten ungeheuer viel zerstört, und alle Werte, die wir als Verpflichtung liefern mußten, waren entsprechend dem Potsdamer Abkommen ein Teil der Wiedergutmachung. Und nach dem Potsdamer Abkommen hatte jede Besatzungsmacht das Recht, seine Reparationen dort zu entnehmen, wo es das Land besetzt hielt, also mußte die DDR allein für alles aufkommen, was für die Sowjetunion als Reparation Pflicht war.

Zweitens: Spätestens Anfang der 60er Jahre wurde immer deutlicher, daß die DDR zu neuen Methoden der Planung und Wirtschaftslenkung übergehen mußte, wenn sie im Ringen um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt nicht hoffnungslos zurückbleiben wollte. Politisch hatte der Kalte Krieg damals seinen Höhepunkt erreicht und drohte zu einem heißen Krieg zu eskalieren. Die auf einer Tagung des Warschauer Paktes beschlossene Schließung der Staatsgrenze zur Bundesrepublik und nach Westberlin, brachte Tragik und Leid für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands. Ökonomisch ermöglichte dieser Beschluß, daß die DDR besser vorausschauen und solider planen konnte. Über das System der Planung und Leitung wurde damals erstmalig kritisch nachgedacht.

Mein Vorgänger als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, Dr. Erich Apel, hatte mit Wissenschaftlern und Praktikern das Neue Ökonomische System (NÖS) ausgearbeitet. Die wissenschaftlich fundierte Wirtschaftsführung wurde nun an die Spitze des ökonomischen Systems gestellt, die Planung auf die Perspektive orientiert und beides mit einem umfassenden System ökonomischer Hebel verbunden. Die Zahl der zentral geplanten Positionen wurde von rd. 1.500 – Plankommission und Ministerium zusammen – auf 120 reduziert. Wenn die Betriebe dennoch in dieser Zeit viele weitere Zahlen erhielten, dann bekamen sie die nicht mehr als Planaufgaben, sondern als Berechnungskennziffern. Sie sollten auf diesem Wege überblicken, welche Aufgaben sie auch mit Handelsabkommen usw. gewährleisten mußten. Es wurde also tatsächlich zentrale Macht an die Basis verlagert.

Ziel des NÖS war, das vorher vorwiegend administrative System in ein vorwiegend ökonomisches, markt- und rentabilitätsorientiertes System mit leistungsbegründeter materieller Interessiertheit umzuwandeln. Zunächst gab es auch viel Lob und Erfolge für das NÖS, aber der Reformansatz hatte von Anfang an auch starke Gegner. Die zum NÖS gehörenden Vorschläge für ein „Preisregelsystem“, mit dem ein Druck auf die Senkung der Selbstkosten in Richtung der Annäherung auf die Weltmarktkosten erzeugt werden sollte, wurde vom Politbüro nicht beschlossen. Auch alle weiteren Versuche, das System der Preisbildung zu dezentralisieren, die Subventionen zu reduzieren, die Einzelhandelsverkaufspreise zu korrigieren, schlugen fehl. Nur die Reform der Industriepreise in drei Etappen wurde genehmigt, das ermöglichte wenigstens,

die vorher umfangreichen Subventionen innerhalb der Industrie zu beseitigen. Aus diesem Grunde ist es richtig, daß sie auch rentabel exportieren konnten und die Kosten dort erfassen konnten, wo sie entstanden sind. Aber der Gewinn konnte so objektiv nicht zur entscheidenden Kennziffer der Leistungsbewertung des NÖS werden, weil diese Preisregulierungen fehlten. Traditionell dachten die orthodoxen Kräfte in der politischen Führung etwa so: „Der Gewinn der volkseigenen Betriebe gehört dem Volke und muß deshalb im Staatshaushalt konzentriert und von dort aus neu verteilt oder umverteilt werden“. Dieses Denken hemmte die Entwicklung eines betriebswirtschaftlichen Systems der Reproduktion. Dr. Apel, den man damals auch noch für die ungenügenden Zusagen von Rohstofflieferungen der Sowjetunion an die DDR für den bevorstehenden Fünfjahresplan 1966-1970 verantwortlich machte, wurde scharf angegriffen. Am 3. Dezember 1965 erschloß er sich in seinem Arbeitszimmer. Ich wurde sein Nachfolger.

Ulbricht setzte sich dafür ein, daß am NÖS festgehalten wurde. Dem Gewinn wurden jedoch weitere Kennziffern als entscheidend hinzugefügt, wie die industrielle Warenproduktion, die immer ihre Probleme hatte. Wir haben dann später auch einmal mit der Nettoproduktion geplant und den Export. Die Zahl der zentral geplanten Positionen wurde schon von diesem Zeitpunkt an wieder erhöht. Dies geschah nicht erst nach der Übernahme der Macht durch Honecker im Jahre 1971.

Drittens: Mitte der 60er Jahre beschloß die Parteiführung unter Walter Ulbricht die „bedingungslose Einstellung des Landes auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution“. Ulbricht forderte, eine moderne Produktionsstruktur zu entwickeln. Er verlangte, für entscheidende Gebiete Prognosen bis zum Jahr 1990 auszuarbeiten, um auf dieser Basis dann die Investitionsmittel auf die sogenannten „Lokomotiven der wissenschaftlich-technischen Revolution“ zu konzentrieren. Dem technischen Fortschritt der kapitalistischen Länder sollte man nicht länger hinterherlaufen, sondern völlig neue Erzeugnisse, Technologien, Wirkprinzipien mit höherer Arbeitsproduktivität erfinden, um die Weltspitze mitbestimmen zu können. Der Staatsplan Wissenschaft und Technik und die objektgebundene Planung wichtiger Investvorhaben erhielten in dieser Zeit eine große Bedeutung. Die DDR förderte die Produktion solcher Zweige wie der Elektronik, später der Mikroelektronik, der Petrochemie, der Veredelungsmetallurgie, der Automatisierungs- und Steuertechnik und andere und erreichte auch tatsächlich größere Fortschritte in der Arbeitsproduktivität.

Zugleich wurde in dieser Zeit durch Walter Ulbricht, besonders seit 1967 vieles überzogen. Alle wurden aufgefordert kybernetisch zu denken, Heuristik zu studieren, „den Westen zu überholen ohne ihn einzuholen“ und die Wachstumsraten der Pläne nicht mehr aus dem Erreichten abzuleiten, sondern aus den Prognosen rückrechnend mit Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität bis zu 12 % jährlich zu bestimmen. Am gefährlichsten war damals die These, daß man „die Bilanzen brechen muß“, d. h. sie sollten rechnerisch in Aufkommen und Verteilung nicht mehr in sich stimmig sein, sondern Raum für neue Ideen

und Initiativen lassen. Das öffnete Tür und Tor für Subjektivismus und Illusionen. Es ist nicht erst heute meine feste Überzeugung, daß unreale Pläne der staatlichen Planwirtschaft mehr als alles andere geschadet haben, und sie hatten ihre Ursache in der Geschichte der DDR stets im Primat der Politik über die Wirtschaft. Daß es Mängel in der Planung selbst sowie im Wahrheitsgehalt der Meldung über die Planerfüllung gab, möchte ich nicht bestreiten, aber die politischen Aufschläge auf die bilanzierten Pläne haben das Ansehen der Planwirtschaft eindeutig am meisten diskreditiert.

Das NÖS wurde 1967 in ein allgemeines „Ökonomisches System des Sozialismus“ vereinnahmt und ein Lehrbuch mit dem Titel „Politische Ökonomie des Sozialismus“ verpackte unter dem Eindruck der Ereignisse von 1968 in Prag alle Reformgedanken sorgsam in politische Thesen der zentralen sozialistischen Planwirtschaft. Die Tragik dieser Periode besteht m.E. darin, daß die Partei nach vielen Fehlern und Experimenten endlich zu einer modernen Wirtschaftspolitik mit dem Ziel gefunden hatte, die Arbeitsproduktivität durch wissenschaftlich-technische und arbeitsorganisatorische Maßnahmen zu erhöhen, und kühne Reformen in der Planung und Wirtschaftsleitung anzupacken – wobei das Wort Reformen damals auch nicht vorgekommen ist, es wurde damals einfach Entwicklung des System für Leitung und Planung genannt – aber sich durch Halbwissen, Inkonsequenz, Übertreibungen und Schaumschlägerei hausgemachte Probleme schuf, die zum Hemmnis wurden und Ulbricht als Generalsekretär scheitern ließen. Moskau ließ ihn fallen. Von seinem Nachfolger, Erich Honecker, der nie ein Anhänger der Reformen oder der Veränderungen im System war, wurde das NÖS sofort ad acta gelegt. Aus heutiger Sicht stimme ich Herrn Professor Rainer Lepsius von der Universität Heidelberg zu, der feststellte: „Ein Erfolg des NÖS hätte nicht nur die Wirtschaftsverfassung der DDR grundlegend verändern müssen, auch das politische Herrschaftssystem und die ideologischen Legitimationsideen wären davon getroffen worden“. Ich glaube, Herr Dr. Klein hat es heute so ähnlich gesagt mit seinem Begriff „es hätten systemüberwindende Reformen stattfinden müssen“. Es war also nicht möglich, mit Hilfe der Reform das System zu ändern.

Viertens: Die wirtschaftliche Struktur der DDR wurde besonders in der zweiten Hälfte der 60er und in den 70er Jahren davon bestimmt, welche Waren die Sowjetunion zur Bezahlung ihrer umfangreichen Rohstofflieferungen verlangte. Im Thesenpapier habe ich diese Lieferungen zumindest in einigen Positionen aufgeführt. Als Gegenleistung mußte die DDR ihr Produktionsprofil auf den massenhaften Export von Chemieanlagen, Hochsee- und Binnenschiffen, Fischfangschiffen, Reisezug- und Kühlwaggons, Landmaschinen, Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinen, Erzeugnisse der Elektrotechnik/Elektronik und auch auf bedeutende Lieferungen von Konsumgütern aller Art einstellen. Wir waren also in der Strukturpolitik nicht frei von diesen Einflüssen, was der große Kunde, an den wir 70 % des Importes mit diesen Erzeugnissen bezahlen mußten, von uns verlangte. Diese, sich nicht selten auch qualitativ verändernden Exporte ständig zu gewährleisten, kostete die DDR den Einsatz bedeutender Investitionsmittel, während wir uns zur Aufrechterhaltung der Rohstoffim-

porte im wachsenden Maße an der Erschließung neuer Vorkommen in Sibirien und Ostasien mit Investvorleistungen, die sehr niedrig verzinst waren, beteiligen mußten. Ihren Außenhandel hat die DDR über viele Jahre mit 60 % bis 65 % mit den sozialistischen Ländern, 25 % bis 30 % mit den kapitalistischen Ländern und mit 5 % bis 8 % mit den Entwicklungsländern abgewickelt. Die tiefgehende Verflechtung der DDR mit der UdSSR und den anderen Ländern des RGW prägte primär die Grundstruktur unserer Wirtschaft und auch das System der Planung und Leitung dieser Zeit, da es vor allem darum ging, mit den Plänen und Bilanzen die vereinbarten gegenseitigen Lieferungen zu gewährleisten.

Fünftens: Nachdem im Jahre 1971 Erich Honecker 1. Sekretär der Partei geworden war, wehte zunächst ein frischer Wind, der Mut machte. Auch ich hatte wieder irgendwie Land gesehen, während ich vorher sehr scharf kritisiert worden war. Reale Wachstumsraten von 4 % jährlich galten als hohe Zielstellung, und wenn auch für den Warenfonds und die Geldeinnahmen der Bevölkerung 4 % Wachstum vorgesehen war, galten die Pläne als solide. Honecker sah darin ein klares Zeichen der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, obwohl das natürlich ganz unterschiedliche ökonomische Kategorien sind, also das muß nicht unbedingt ein Zeichen für Proportionalität sein. Die vorherige einseitige Konzentration der Investitionen auf die sogenannten „führenden Zweige“ wurde korrigiert, und der Entwicklung der Produktion von Konsumgütern wurde grünes Licht gegeben.

Die größte Dummheit war damals die Verstaatlichung der halbstaatlichen Betriebe, da die Vielseitigkeit des Konsumbedarfs, die über diese Form gedeckt worden war, noch erschwert worden ist. Alle Arbeitsgruppen, die den VIII. Parteitag vorbereiteten, erhielten als wichtigste Arbeitsthese: „Im Mittelpunkt hat der Mensch mit seinen Bedürfnissen zu stehen“. Das klang doch erst einmal gut. Der vom 15. bis 19. Juni 1971 stattfindende VIII. Parteitag beschloß die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und gab uns eigentlich neue Hoffnung. Doch bereits 1972, als dem Politbüro das „Große sozialpolitische Programm“ vorgelegt wurde, war sichtbar, daß sich am Primat der Politik über die Ökonomie nichts geändert hatte, nur mit dem Unterschied, daß unter Honecker bei realer Planung des Wachstums der Produktion die Parteiführung nun mehr verteilen wollte, als objektiv erwirtschaftet werden konnte. Als ich im Politbüro, dem ich damals nicht angehörte, bat, diesem Programm so nicht zuzustimmen, da es aus den eigenen Leistungen nicht zu finanzieren war und unvermeidlich zur Verschuldung oder zur Vernachlässigung der Investitionen führen wird, wurde mir neben scharfen Worten des Generalsekretärs vorgeworfen, daß ich den Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sabotieren wolle, noch eine große Initiative des Volkes in Aussicht gestellt ist, mit der diese fehlenden Mittel im Verlauf der Plandurchführung beschafft werden sollten.

Die weitere Entwicklung schien auch den Beschluß zu rechtfertigen, denn die Leistung stieg. Zunächst wurden für alle nur die angenehmen Seiten der wach-

senden Schulden sichtbar. Wir importierten jährlich für mehrere Milliarden Valutamark modernste Technik aus den westlichen Industrieländern und bauten zahlreiche Betriebe neu auf oder rekonstruierten sie. Die Produktion und das Warenangebot wurden vielseitiger, soziale Maßnahmen wurden beschlossen. Aber im Zeitraum 1972-1978 importierte die DDR rd. 20 Milliarden Valutamark mehr aus den westlichen Ländern, als sie dorthin exportierte und hatte dabei nur 40 % ihrer Kredite investitionswirksam angelegt. Damit fehlte für 60 % die Basis der Refinanzierung, und das zwang uns Ende der 70er Jahre verstärkt, Exporte aus den Konsumgüterzweigen zu ziehen, die dem Binnenmarkt fehlten und darüber hinaus nur mit ungenügender Rentabilität exportiert werden konnten.

Ich will jetzt verzichten, darauf einzugehen, welche Veränderungen wir dort durchgeführt haben. Ich möchte aber sagen, daß es in den 80er Jahren insgesamt immer deutlicher wurde, daß die DDR mit der ungenügenden Effektivität ihres Systems und der einseitigen Bindung an den Ostmarkt sowie durch das Embargo der westlichen Allianz nicht die Produktivität der High-Technologien erreichen konnte. Die Sowjetunion hatte sich zwar eine leistungsfähige Forschungsbasis geschaffen, verbrauchte jedoch ihre Kräfte im Rüstungswettlauf mit den USA und der NATO. Solange die Bedingungen existierten, in die unser Land eingebunden war, der Warschauer Pakt, der RGW, das sozialistische Lager, die Sowjetunion, der innere Markt, konnte sich die DDR entwickeln. Als diese Bedingungen wegbrachen, konnte sie als selbständiger Staat nicht weiter existieren.

Um die Erkenntnis, daß eine überzentralisierte oder gar totale Planung die ungeheure Vielfalt der Bedürfnisse einer Volkswirtschaft und der Bevölkerung auch bei bester Computertechnik weder sinnvoll noch planerisch und verwaltungstechnisch beherrschbar machen konnte, möchte ich mich als langjähriger Planungschef der DDR nicht herumdrücken. Die soziale Marktwirtschaft hat sich geschichtlich in ihrer Innovationskraft der von uns praktizierten Art der zentralen Planwirtschaft überlegen erwiesen. Durch das Gewinnstreben ist ihr a priori gegeben, was die Planwirtschaft trotz gesellschaftlicher Aktivitäten im sozialistischen Wettbewerb, in der Aktivisten-Bestarbeiter- und Neuererbewegungen nicht ausgleichen konnte. Die für die Menschen anonym bleibenden Formen des staatlichen Eigentums und die ungenügende demokratische Legitimation der Machtorgane, gaben nicht die günstigsten Voraussetzungen für die Entfaltung aller innovativen Kräfte und der Gedanke, daß alle in einen großen Topf wirtschaften, aus dem dann neu verteilt wird, überzeugte nicht, täglich das Beste zu geben und materieller Anreiz ersetzte auch nicht das massenhaft kreative Streben nach höchstem Gewinn.

Wahr ist aber auch, daß die Marktwirtschaft, selbst wenn sie weiterhin anstrebt, eine soziale zu sein, alle Dinge immer und ausschließlich unter dem Blickwinkel des Profites sehen wird, und es ist zu befürchten, daß die anstehenden globalen Probleme in Deutschland und in der Welt mit marktwirtschaftlichen Instrumenten allein nicht gelöst werden können, daß sie sogar

größer werden können. So sehen es auch viele Wissenschaftler der Bundesrepublik und in der ganzen Welt, die darauf hinweisen. Wenn man z. Zt. beobachtet, wie die wohlhabende Bundesrepublik kurzfristig von einem Haushaltsloch in das andere fällt und das eine Ressort zu sparen glaubt, indem es dem anderen die Lasten aufbürdet, sollte etwas vorausschauendere Planung gar nicht so abwegig sein. Bei Würdigung all der großen Erfolge der Marktwirtschaft und demokratischer Strukturen der Gesellschaft, der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik wird die Polarisierung von Reichtum und Armut weiter fortschreiten, die Abwanderung von Kapital in die Billiglohnländer wird sich auch fortsetzen, und es besteht die Gefahr, daß uns hohe Arbeitslosigkeit und soziale Verschlechterung begleiten werden. Unbestritten muß dem Gewinn durch ständigen Druck auf die Kostensenkung auch in Zukunft die entscheidende Stelle in jeder wirtschaftlichen Tätigkeit eingeräumt werden, denn aus dieser Quelle fließen nicht nur die Steuern für den Staat und die Kommunen, sondern letztlich alle Mittel für den gesellschaftlichen Fortschritt. Aber die Kostensenkungen durch Sozialabbau zu bewirken, sind natürlich ein zweischneidiges Schwert, da sie die Konflikte mit den Menschen verschärfen, deren Arbeit alles trägt und dem inneren Markt Kaufkraft entziehen, wovon erneut Arbeitsplätze bedroht werden.

Ich komme zum Schluß. Vieles mußte ich nach der Wende neu lernen. Ich versuche, es zu begreifen. Ich halte die auf friedlichem Wege erreichte Einheit Deutschlands für eine großartige Errungenschaft und glaube, daß die Chancen des Zusammenwachsens der Menschen in Ost und West besser genutzt werden sollten.

Ich gehe deshalb auch auf jede dieser Konferenzen, die hier stattfinden, um etwas zur Aufarbeitung der Geschichte beizutragen. Ich habe auch in dem Prozeß am Landgericht in Berlin die Aussage nicht verweigert, wie andere vor mir, sondern ich habe die Fakten beigetragen, die ich dazu beitragen kann. Ich danke Ihnen sehr, daß sie mir so geduldig zugehört haben.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Dr. Schürer, auch für die am Ende gezeigte konstruktive Grundhaltung. Ich bin mir sicher, daß es sehr viele Diskussionen geben wird, sehr viele Fragen. Als erster hat sich der Kollege Poppe gemeldet.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank Herr Vorsitzender. Die Tatsache, daß alle drei Vortragenden keinen unerheblichen Einfluß auf die Wirtschaft in der DDR hatten, veranlaßt mich zunächst zu der Frage, wann sich denn diese Erkenntnisse, die Sie heute hier vorgetragen haben, zu entwickeln begannen? Wann setzte sich dies in Ihren Köpfen fest? Ist das nun alles ein Ergebnis des offenen Umgangs mit dem Thema nach 1989/90? Aus ihren Vorträgen meine ich entnehmen zu können, daß Sie sich auch vorher schon diese Gedanken gemacht haben.

Welche Freiräume gab es für Leute, die so hoch angebunden waren in der DDR-Wirtschaft, wie eben Kombinatssleiter, Absatzdirektoren oder sogar für